



Die CDU hat einen neuen Freund

Norbert Morkes und BfGT verhindern Gewerbsteuererhöhung – SPD ringt sich zur Haushalts- Zustimmung durch

Von Stephan Rechlin

Gütersloh(WB). Die Stadt ist gestern Abend haarscharf an einer Gewerbesteuererhöhung vorbeigeschrammt. Die Abstimmung darüber sagt über die neuen Kräfteverhältnisse im Gütersloher Rat mehr aus als jene über den gesamten Haushalt.

Der Steuererhöhungsantrag stammt von den Grünen. Mit der Anhebung sämtlicher drei Kommunalsteuern auf den nordrhein-westfälischen Durchschnitt wollten sie das 13 Millionen Euro hohe Defizit schon in diesem Jahr um drei Millionen Euro reduzieren. Die SPD hatte zuvor signalisiert, wegen der guten Konjunktur auf jeden Fall einer höheren Gewerbesteuer zuzustimmen, nicht aber höheren Grundsteuern. Genauso sahen es die Linken. Raffiniert ließ Birgit Niemann-Hollatz (Grüne) also getrennt nach Steuerarten abstimmen: Wir sind für die Gewerbesteuer-Erhöpfung – wer stimmt mit?

Strikte Steuererhöhungs-Gegner sind CDU, UWG und FDP, die jedoch keine Mehrheit haben. Jetzt kam es auf die BfGT an.

Wollten sich BfGT-Fraktionschef Norbert Morkes und CDU-Chef Heiner Kollmeyer im Bushäuschen-Streit im vergangenen Jahr noch gegeneinander verklagen, so sprang der eine jetzt dem anderen bei. Mit knapper Mehrheit lehnten CDU, BfGT, UWG und FDP die höhere Steuer ab.

Das gesamte Haushaltspaket mit den 64 neuen Stellen, dem 40 Millionen Euro schweren Investitionsvolumen, mit 20 Millionen Euro neuen Schulden und dem Defizit trug eine »große Koalition« aus CDU und SPD samt den Stimmen der Linken und des Bürgermeisters mit. Grüne, FDP und UWG stimmten gegen den Haushalt, die BfGT enthielt sich.

In den Haushaltsreden markierten die UWG und die Grünen die entgegengesetzten Pole. Werner Lindemeier (UWG) sah die Stadt bis 2020 in die Haushaltssicherung abgleiten und forderte schon in diesem Jahr drastische Einschnitte in der Kultur, dem ÖPNV, bei Bildung und Sport. Auf der Gegenseite waren die Grünen bereit, aus den steuerlichen Mehreinnahmen vor allem den Kulturetat aufzuwerten.

Am meisten forderte die Zustimmung zum Haushalt der SPD ab. Die von ihr gestellte Bürgermeisterin musste in ihrer 21-jährigen Amtszeit auf Geheiß der CDU-Mehrheit stets nur sparen, sparen, sparen. Kaum ist ein CDU-Anhänger im Amt, darf der Stellenplan explodieren. Darüber hinaus scheiterte die SPD mit ihrem Antrag, fünf Quartiermanager im Stellenplan unterzubringen. Vor allem mit Unterstützung der Grünen setzte sich der Antrag der CDU durch, erst einmal nur mit drei Stellen ein Konzept zu entwickeln, auf welche Weise in welchem Stadtteil geholfen werden soll. Die SPD lehnte daraufhin den kompletten Stellenplan ab.

Dem Haushalt aber stimmte SPD-Chef Thomas Ostermann zu, um in einer unübersichtlichen Zeit ein entschiedenes Zeichen sozialen Miteinanders zu setzen.